

SPEZIALDEBATTEN

ÖVP

Gemeinderätin Dr. Anne-Marie LEB

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Ich bin weder von der Opposition, noch stimmen wir diesem Budget nicht zu. Aber eine Anmerkung muss ich schon machen zu unserem Kollegen Herrn Khull-Kholwald, der sagt, dass wir einen eigenen Tag brauchen. Ok, wir wissen alle, dass das eine sehr wesentliche und sehr wichtige Sitzung ist, nur wenn eine Partei in diesem Haus schon vor einer Woche in der Zeitung ankündigt, sie stimmen dem Budget, das wir alle noch nicht gesehen, nicht gehört haben, ohnedies nicht zu, dann frage ich mich, ob diese Diskussionen, die hier sind, nicht in Frage gestellt werden. Ich finde das in der Politik eine Kultur, die ich persönlich, und ich denke, auch viele in diesem Haus, nicht für wirklich gut finden (*Applaus ÖVP*) und unsere politischen Diskussionen etwas in Frage stellen. In dieser Stadt ist immer für die Zukunft gearbeitet worden und es ist auch immer Enormes geleistet worden.

Die Österreichische Volkspartei ist immer mit dieser Linie gefahren und es war ihr immer ein Anliegen, das auch weiterzuführen und ist es auch jetzt noch. Das vorliegende Budget 2007 sollte auch ein Ausdruck sein, eine erfolgreiche und mutige Zukunftsarbeit, selbst in Zeiten, in denen gespart werden muss, zu machen. Es ist viel über die Notwendigkeiten dieser Stadt gesprochen worden, ich als Debattenredner kann mich jetzt darauf beschränken, mir ein Kapitel, und das ist eben ein bisschen die Kür, aus diesen ganzen vielen Themen herauszuholen und ich bin da in Richtung Kultur und Jugend gefahren. Die Gegensätzlichkeit zwischen Klassik und Moderne hat der Stadt immer den Ruf einer Offenheit und einer hohen Qualität eingebracht. Das Jahr 2003 war das Ergebnis des umfangreichen kulturellen Angebotes in unserer Stadt und Graz war Kulturhauptstadt Europas und stand im Mittelpunkt der Weltöffentlichkeit. Ich denke, wir alle denken noch gerne an dieses Jahr zurück und es ist uns damals, obwohl das Jahr 2003 das Wahljahr war, ist es uns gelungen, die Vorbereitungszeit gut und gemeinsam zu meistern und es herrschte hier im Haus eine Aufbruchsstimmung. Das Arbeiten im Rathaus in dieser

Zeit war eine große Herausforderung und es gab viele Diskussionen, aber sie wurden gemeinsam gemeistert, ohne dass es nötig war, die Ankündigungen zuerst in der Zeitung zu veröffentlichen und auch die einsamen Fotos im Rathaus waren nicht an der Tagesordnung. Graz hat in die Zukunft investiert in diesem Jahr. Initiativen und bauliche Maßnahmen haben zu einem wesentlichen Entwicklungsschritt in dieser Stadt geführt und die Entscheidungen dazu, und das müssen wir uns auch immer wieder vor Augen halten, wurden eigentlich vielfach einstimmig beschlossen oder es gab sechs Gegenstimmen, wobei sie wie immer, aus einer Richtung kamen. Die Stadthalle, das Kunsthaus, die Helmut-List-Halle, das Kindermuseum, das Literaturhaus waren lang fällige Investitionen in die kulturelle Infrastruktur. Bedenken Sie, meine Damen und Herren, dass 1952 der letzte kulturelle Bau in dieser Stadt stattgefunden hat und das war das Künstlerhaus. In Zeiten, wo wir es uns sicher auch nicht leicht leisten konnten. Auch in die Infrastruktur der Stadt konnte damals viel investiert werden und es ist heute für alle Fremden und auch für uns Grazer noch eine Freude, mit dem Flugzeug oder mit der Bahn anzukommen, der schöne Flughafen und der Bahnhof geben ein Zeugnis davon. Und etwas ist uns auch gelungen, das war das Flussbett der Mur, das wieder in den Lebensraum gekommen ist und dieses wird auch in der Planungswerkstatt von Stadtrat Rüschi als ganz vorwiegendes Thema immer wieder behandelt und sowohl Bezirksvorsteher als auch Bevölkerung arbeiten aktiv mit, um diesen Grünraum wieder zu beleben und ich denke, weil es beanstandet wurde, dass diese Planungswerkstatt erst jetzt stattfindet, wir hatten eine lange Vorlaufzeit, eine lange Vorbereitungszeit, wir haben uns dieses Modell in vielen Städten angeschaut und ich denke, wenn gute Sachen entstehen sollen, brauchen sie eine lange Vorlaufzeit (*Applaus ÖVP*).

Um wieder auf das Jahr 2003 will ich sagen, dass auch die Bevölkerung dieser Stadt diese Stimmung gespürt hat, sie hat ausgestrahlt, die Grazerinnen und Grazer waren stolz auf ihre Stadt und das Projekt Kulturhauptstadt war allgegenwärtig. Es gab Bezirksprojekte, der Berg der Erinnerungen, die Jugendkultur, umfangreiche Schulkooperationen und das alles waren gezielte und gelungene Initiativen, die die Bevölkerung für den Stellenwert, Kultur in unserer Stadt zu sehen, sensibilisieren. Mit dieser Strahlkraft haben wir damals wirklich ganz Europa auch erreicht und wir waren ein Vorbild für viele Kulturhauptstädte. Wir verdanken diesen Erfolg nicht nur der hervorragenden innovativen Kulturpolitik der Österreichischen Volkspartei, oder vor allem eigentlich, weil die ja die Kulturpolitik in dieser Stadt inne hatte.

Zwischenruf GR. Herper unverständlich.

Dr. **Leb**: Das kommt jetzt eben. In der Vorbereitungszeit war es die Zusammenarbeit von Finanzstadtrat Siegfried Nagl, dem Kulturstadtrat Helmut Strobl und unserem Altbürgermeister Alfred Stingl und das Ganze gemeinsam (*Applaus ÖVP*) wurde auch eben von den anderen Stadtregierern und dem Gemeinderat getragen. Es war wirklich eine tolle Zeit. Statt diese Stimmung weiterzutragen und damit nachhaltig zu arbeiten, begann unmittelbar nach dem Ende von 2003 das Schlechtreden und Jammern seitens der anderen Parteien. Es hat immer geheißen, diese Ausgaben... Die Sensibilisierung und die Mobilisierung der Grazerinnen und Grazer, die sich vielleicht erstmalig im Jahr 2003 mit Kunst und Kultur auseinander setzten, ist auch durch diese Diskussionen weitgehend zunichte gemacht worden, das war ein schwerer Fehler. Die Sinnhaftigkeit des Kulturhauptstadtjahres wurde auf die finanzielle Gebarung reduziert und in Frage gestellt. Schade. Trotzdem ist es gelungen, und das ist nicht wegzureden, dass Graz durch dieses Jahr an internationaler Bekanntheit und Anerkennung gewonnen hat, es ist nicht zu übersehen, dass die Nächtigungszahlen bis heute zwar nicht mehr die Spitze von 2003 erreichen, aber ständig zugenommen haben. Es ist gelungen, dass Kongress- und Seminartourismus ständig angestiegen sind und dass der Sommersaisonanteil im Tourismus zugenommen hat, während er in den anderen Städten Österreichs durchwegs zurückgegangen ist. Und es ist gelungen, wertvolle Impulse in Richtung einer Kultur- und Wissenschaftsmetropole zu setzen und die Zukunftsperspektiven dieser Stadt zu stärken. Die Nachhaltigkeit des Kulturhauptstadtjahres ist immer noch spürbar und wir können zu Recht stolz darauf sein. Ich will aber nicht sagen, dass Kunst und Kultur nur Tourismus- und Wirtschaftsfaktor ist. Ich will auch Kultur nicht als Modewort gebraucht wissen, wie das heutzutage vielfach der Fall ist, wo mit großem Aufwand sogenannte Kulturevents als wirtschaftliche Impulsgeber inszeniert und gekauft werden und so den eigentlichen Kulturbegriff unterminierten. Die Kulturpolitik einer Stadt hat eine Schlüsselposition und spielt in alle Bereiche der Politik. Sie ist als solche ernst zu nehmen und zu unterstützen und in Zukunft, das ist an den Herren Finanzstadtrat gewendet, soll sie nicht weiter gekürzt oder beschnitten werden (*Applaus ÖVP*). Sie bestimmt weitgehend die Stimmung, die Ausstrahlung

und Standortqualität einer Stadt und sie wurde seit Jahren von der Österreichischen Volkspartei geprägt und auf den Erfolg dürfen wir mit Recht stolz sein (*Applaus ÖVP*). Daher ist es nur allzu wichtig, dass Stadtrat Miedl, der auch für die Pflichtschulen unserer Stadt zuständig ist, ein Hauptaugenmerk auf die Hinführung der Kinder und Jugendlichen zu Kunst und Kultur richtet.

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Dafür sind die Pädagogen und Pädagoginnen zuständig.

Dr. **Leb**: Ja, aber sie werden durch einen Stadtrat und die Stimmung unterstützt. Denn wenn es gelingt, die Jugend für Kunst und Kultur zu begeistern, bleibt dies ein Leben lang (*Applaus ÖVP*). Die Wege dahin können total verschieden sein. Und im Gegensatz zu dir, Karl-Heinz, denke ich, dass auch Graffiti-Kunst an der Murpromenade Kreativität der Jugend stärkt. Literaturwerkstatt im Literaturhaus findet statt, Musikfrüherziehung im Johann-Joseph-Fux-Konservatorium wird unterstützt, ich meine, das alles sind Dinge, sowie das gesteigerte Angebot des Bücherbusses, die für die Jugend ein Angebot ist, das ganz wesentlich ist für Persönlichkeitsentwicklung und soziale Kompetenz und eben Entwicklung der Kreativität. Und außerdem wissen wir alle, dass mit der internationalen Sprache von Kunst und Kultur auch Integration in den Schulen leichter bewerkstelligt wird. Die Kombination von Kultur und Schule in einer Hand war in dem Sinn eine gute Entscheidung unseres Bürgermeisters Siegfried Nagl. Es ist Stadtrat Miedl auch ein besonderes Anliegen, dass Schüler und Schülerinnen Freude am Schulbesuch haben, dass Freizeiträume und Pausenhöfe freundlich und kindgerecht gestaltet werden und es muss uns bewusst sein, meine Damen und Herren, dass unsere Schulen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) den modernen Anforderungen entsprechen müssen. Bauliche Maßnahmen sind notwendig und werden laufend immer notwendig sein. Die finanziellen Mittel dafür müssen im Budget bereitgestellt und bewilligt werden. Auch Flexibilität in den Schulstandorten wird auf Grund der sich ändernden demoskopischen Anforderungen zu fordern sein

und ist auch ein Teil einer weitsichtigen Schulpolitik. Das Bewusstsein, die Kinder für gesunde Ernährung zu sensibilisieren, ist ein gesundheitspolitischer Beitrag in der Schulpolitik. Es ist außerdem dem Stadtrat Miedl auch gelungen, und das ist auch, glaube ich, eine gute Sache, die man erwähnen kann, dass die Stadtwerke 28 Trinkwasserbrunnen für unsere Schulen bereitstellen (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Das hätten sie so und so gemacht – auch ohne Miedl.

Dr. **Leb**: Ist aber jetzt gerade passiert und ist im Gange. Auch in der Kulturpolitik sind strukturelle Änderungen immer wieder unumgänglich. So ist es Stadtrat Miedl ein Anliegen, auch in jenen Bezirken, wo bis jetzt Kunst- und Kultureinrichtungen nicht angesiedelt waren, diese heimisch zu machen. Die geplanten Stadtbibliotheken in der Triester Siedlung mit einem angeschlossenen Kulturzentrum und die Bibliothek am Standort der Fachhochschule Joanneum in Eggenberg sind Schritte in diese Richtung (*Applaus ÖVP*). Durch die bereits begonnene Optimierung des Bibliothekswesens wurde heuer bereits mehr als 4.000 neue Mitglieder für die Bibliotheken gewonnen. Ein Projekt, welches auch in Zukunft fortgeführt werden soll, und schon im laufenden Jahr konnte durch das neu eingeführte Postservice eine enorme Frequenzsteigerung erreicht werden und über 5.000 Medien wurden in dieser kurzen Zeit auf diesem Weg bereits verschickt. Durch die Schließung des Mietvertrages des Grazer Volkstheaters wird hoffentlich eine neue Kulturstätte auch in diesem Bezirk gewonnen werden, auch hier werden natürlich Mittel notwendig sein, um diese Adaptierung durchführen zu können. Durch Ateliers und Künstlerwohnungen sollen auch Orte und Möglichkeit geschaffen werden und den jungen Künstlern zur Verfügung gestellt werden, wo sie arbeiten und experimentieren können. Ich denke, das ist ganz, ganz wichtig, meine Damen und Herren, denn wo soll Neues entstehen, wenn wir so etwas nicht unterstützen und zulassen (*Applaus ÖVP*)?

Ein zweites Thema, das im urbanen Bereich eine ganz große Wichtigkeit hat meiner Meinung nach, und heute noch nicht besprochen wurde, ist die Förderung des Sportes. Es ist sowohl der Sport in den Schulen als auch die Förderung der Sportvereine und der Breitensport ein Hauptanliegen unseres Stadtrates Eisel-Eiselsberg und er gibt immerhin mehr als 50 % des Gesamtbudgets in den Schwerpunkt Kinder- und Jugendsport (*Applaus ÖVP*). Den Kindern und Jugendlichen wird hier Teamerlebnis, Zielstrebigkeit erlebbar gemacht und das Sportamt stellt jährlich etwa 30 Sportarten, also es kommen wirklich alle Sportarten quer durch und auch die neuen hier dazu und es geht für 7.000 sportinteressierte Kinder und Jugendliche und da werden Sportkurse inszeniert oder organisiert. Es ist eine sinnvolle Freizeitgestaltung, die gleichzeitig der Gefährdung der Jugend durch Alkohol und Drogen entgegenwirkt und das Bewusstsein für gewaltfreie Konfliktlösung stärkt. Erziehung durch Sport kann in diesem Sportamtskursen funktionieren, ohne dass das Familienbudget belastet wird und bietet somit auch den sozial Benachteiligten, wie kinderreichen Familien, eine Möglichkeit zur Sportausübung. (*Applaus ÖVP*). Die dafür bereitgestellten Mittel sind also eine wertvolle Investition in unsere Kinder und für die Entwicklung ihrer Zukunft und ihrer Persönlichkeitsbildung.

Die Sanierung der Union-Halle, des Bades Eggenberg und die Errichtung der Hip-Halle, das ist immerhin seit 20 Jahren der erste Neubau auf diesem Gebiet, sollten als Infrastrukturmaßnahmen unbedingt vorrangig behandelt werden und wir müssen hier in diesem Haus alles daransetzen, dass diese Vorhaben endlich mit Hilfe von Land und Bund umgesetzt werden können (*Applaus ÖVP*). Ein letzter Punkt im Sport ist für mich die Wichtigkeit der Beschneiungsanlage der Lage Thal, denn in Graz haben wir sehr wenig Wintersportmöglichkeiten und dass dies gratis zugänglich ist, ist eine wirklich tolles Angebot für die Bürger unserer Stadt (*Applaus ÖVP*). Noch einmal darauf zurückzukommend, tut es mir leid, dass die kommunistische Partei schon vorige Woche in der Zeitung angekündigt hat, dem Budget nicht zuzustimmen. Ich kann auch nicht verstehen, meine Damen und Herren sowohl von den Grünen als von der kommunistischen Partei, und dass ihr Freiheitliche da hier anschließt, tut mir auch sehr leid, dass eine Förderung und Ausbildung der Jugend, Erwachsenenbildung nicht von Ihnen unterstützt wird, das sind lauter Dinge, die Sie ja auch im Programm haben. Wir von der ÖVP unterstützen das und bekennen uns zu diesem Budget. Ich danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus ÖVP*).

SPÖ

Gemeinderätin Mag. Dr. Karin S P R A C H M A N N

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe ZuhörerInnen!

Ich habe es mir erlaubt, die Rede, ein bisschen mehr Aufmerksamkeit, Herr Bürgermeister, zu gendern und die weibliche Form zu verwenden. Aber Sie, liebe männliche Kollegen, ihr seid natürlich genauso damit angesprochen.

Wenn wir heute – im Rückblick auf das auslaufende Budgetjahr und im Vorausblick auf 2007 – die Finanzlage unserer Stadt Graz betrachten, kann man eines feststellen: Vieles, das was von SchwarzmalernInnen und PessimistInnen vorhergesagt wurde, das hat sich nicht bestätigt. Natürlich ist Graz finanziell nach wie vor nicht über dem Berg – aber Finanzstadtrat Wolfgang Riedler hat es geschafft, einen sehr guten Budgetentwurf vorzulegen. Einen Budgetentwurf, der der schwierigen finanziellen Lage gerecht wird, der vor allem aber auch mit sozialen Schwerpunkten überzeugt (*Applaus SPÖ*). Der Sozialbereich, der Behindertenbereich, die Jugendwohlfahrt finden darin genauso Berücksichtigung wie der Bereich der Frauen und der SeniorInnen. Damit hast du, lieber Wolfgang Riedler (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), unsere Stadträtin Tatjana Kaltenbeck-Michl, Tatjana ist immerhin das soziale Gewissen der Stadt Graz (*Applaus SPÖ*) und unseren Vizebürgermeister Walter Ferk in ihrem Bemühen um die soziale Gerechtigkeit hervorragend unterstützt. Danke dafür!

Dieses deutliche Eintreten für soziale Gerechtigkeit ist auch das Kennzeichen der Sozialdemokratie: Damit nicht jene Menschen, denen es nicht so gut geht, nicht zu BittstellerInnen degradiert werden – doch dazu bedarf es eben für so manche, den Blick zu schärfen. Was ein wenig an das Höhlengleichnis von Platon erinnert:

Hier sitzen eine Reihe von Menschen in einer Höhle und sehen durch einen Schatten das Leben draußen. Sie können nicht über den Schatten sehen. Erst indem sie den

Schatten überspringen, sehen sie das wirkliche, das echte Leben und haben die Erkenntnis.

Das ist auch die Stärke der Sozialdemokratie: Sich nicht vom Schein irritieren zu lassen, sondern dem Sein auf den Grund zu gehen – Probleme anzupacken, Lösungen zu suchen und zu finden. Im Landesbereich wurde das Behindertengesetz und Sozialhilfegesetz novelliert. Insbesondere im Behindertenbereich, im Pflegeheimbereich hat Landeshauptmannstellvertreter Dr. Kurt Flecker diese sozialdemokratische Stärke demonstriert – und punktgenau darauf geachtet, was der Einzelne an Unterstützungen und Leistungen benötigt, entsprechend dem Rucksackprinzip.

Genau das ist eben der Unterschied zur Bundesebene: Für die noch im Amt befindliche Bundesregierung war Sozialpolitik bestenfalls ein Randthema. Nach dem Motto: „Der Staat soll umgebaut werden zu einem reinen Grundversorgungsstaat für die sozial Schwachen.“ Und das mit dem absoluten Schwerpunkt der Privatvorsorge – und wer sich Privatvorsorge nicht leisten kann, der hat damit halt Pech gehabt. In diesem Sinne war das Rotstiftdenken vor allem im sozialen Bereich, im Gesundheitssystem, im Pensionssystem angesetzt.

Dass sich dies ändern wird, dass die Sozialdemokratie auch hier Akzente setzen wird, zeigt nunmehr schon die Diskussion um die Grundsicherung. Und auch betreffend Pflegesicherung wird die Sozialdemokratie Akzente setzen, die auf Fairness und auf Gerechtigkeit beruhen (*Bürgermeisterstellvertreter Ferk läutet mit der Ordnungsglocke*).

Zwischenruf GR. Schönegger: Themaverfehlung.

Dr. **Sprachmann**: Das lasse ich mir von dir nicht sagen. Sehr geehrte Damen und Herren, mit prall gefüllten Kassen eine gute, sehr vielen entgegenkommende Politik zu machen, ist keine Kunst. Nur Geld verteilen zu müssen beziehungsweise zu können, das ist ganz einfach. Schwieriger ist es allerdings, wenig Geld so

einzusetzen, dass jene, die Unterstützung brauchen, diese Unterstützung auch tatsächlich bekommen. Wir in Graz haben ob einer verfehlten Finanzpolitik der vergangenen Gemeinderatsperiode das lernen müssen – und wir haben es gelernt. Was gerade jetzt, angesichts der sich verändernden Gesellschaftsstrukturen, von ganz besonderer Wichtigkeit ist. Denn der Mittelstand rutscht ab, atypische Beschäftigungsverhältnisse, Mac-Jobs nehmen zu, die Armut steigt – und damit gibt es auch immer mehr so genannte Randgruppen.

Wir hier alle sind hier, um dem entgegenzutreten. Stadträtin Tatjana Kaltenbeck-Michl macht dies auf hervorragende Weise, wie die tollen Projekte, die von ihr initiiert wurden, auch zeigen (*Applaus SPÖ*). Ich denke da nur an das Sozialprojekt in der Niesenberggasse, das auf Menschen ausgerichtet ist, die am ersten und zweiten Arbeitsmarkt keine Chance haben. Halten wir unsere Stadträtin, Tatjana Kaltenbeck-Michl, hierbei nicht auf, kritisieren wir sie und ihre Projekte nicht, sondern unterstützen wir sie (*Applaus SPÖ*).

Es muss unser aller gemeinsames Ziel sein, dass in dieser schönen Stadt Graz niemand AlmosenempfängerIn sein muss. Jede soll in unserer Stadt jene soziale Leistung erhalten, die sie auch tatsächlich braucht: ohne betteln zu müssen, ohne sich zur BittstellerIn degradieren zu müssen.

Das heißt aber auch: Wir werden in Graz notwendige tiefer greifende Maßnahmen auch für Randgruppen entwickeln müssen – immer unter dem Gesichtspunkt, die Achtung, die Würde und das Ansehen jedes einzelnen Bürgers und jeder einzelnen Bürgerin zu wahren (*Applaus SPÖ*).

Wobei die Frage der sozialen Verträglichkeit, der sozialen Verantwortung in Zukunft breiter gestreut sein muss und nicht einzig und allein im Sozialressort angesiedelt sein darf: Auch alle anderen Ressorts werden gefordert sein, soziale Schwerpunkte zu setzen – mit dem Ziel, übergreifende Sozialinitiativen zu starten. Was naturgemäß auch eine breitere – auch überfraktionelle – Kooperation in Stadtregierung und Gemeinderat erforderlich macht. Immer mit dem Ziel, die Lebensqualität der GrazerInnen zu verbessern.

Ich spreche hier beispielsweise auch den Bereich der sozialen Wohnversorgung an. Soziale Wohnversorgung in Graz kann nicht nur im Verwalten von Gemeindewohnungen bestehen.

Liebe Frau Stadträtin Kahr, liebe Elke, ich fordere von dir in dieser Hinsicht mehr Fantasie und ein Umdenken (*Applaus SPÖ*). Ist es denn notwendig, dass eine MieterIn einer Gemeindewohnung, deren Einkommen sich erhöht, dennoch in dieser Gemeindewohnung weiter wohnen bleibt oder wäre es nicht besser, diese Wohnung sozial Bedürftigen zur Verfügung zu stellen? Was wir im Bereich der sozialen Wohnversorgung brauchen, sind neue Ansätze, Modalitäten und neue Lösungen.

Was ich euch, lieben KollegInnen, jetzt am Schluss nicht ersparen will, ist der Frauenbereich. Dass die Benachteiligung von Frauen nach wie vor virulent ist, das ist kein Geheimnis: Das beginnt bei den Einkommensunterschieden und endet mit den Einflussmöglichkeiten der Frauen. Stadträtin Tatjana Kaltenbeck-Michl hat nunmehr, um dem schon frühzeitig entgegenzutreten, nicht nur ein Jugendparlament, sondern vielmehr auch ein Mädchenparlament geschaffen, in dem Mädchen lernen, ihre Wünsche und Forderungen zu vertreten und zu artikulieren. Danke, Frau Stadträtin, für deine Initiative (*Applaus SPÖ*).

Sie, Herr Bürgermeister, sollten sich das zum Vorbild nehmen, was die Integration betrifft, für die Sie ja das ressortverantwortliche Stadtregierungsmitglied sind. Ich sage nur so viel dazu: Integration kann nicht verordnet werden, nicht aufgesetzt sein, nicht am Reißbrett entworfen werden – und Integration kann vor allem nicht ohne die Menschen stattfinden, die betroffen sind, um die es geht.

Sehr geehrte Damen und Herren! Viele von euch kennen wahrscheinlich das Buch von Huxley „Schöne neue Welt“. Darin werden die Menschen in Alpha-, Beta-, Gamma- und Delta-Menschen untergliedert, je nach Status ihrer Geburt. Mein Weltbild ist das nicht, und wir sollten Graz entsprechend von diesem Weltbild gestalten. Jeder Mensch ist gleich viel wert – aber manche benötigen eben mehr Unterstützung, geben wir ihnen diese Unterstützung.

Mit diesem Budgetentwurf machen wir wieder einen wichtigen Schritt in diese Richtung – es ist ein Budgetentwurf mit sozialer Ausgewogenheit. Dessen solltet

auch ihr, liebe Kolleginnen und Kollegen der KPÖ, der Grünen und der FPÖ, euch bewusst sein und endlich bereit sein, Verantwortung zu übernehmen und nicht Verantwortung zu verweigern (*Applaus SPÖ*). Dieser Budgetentwurf steht für ein soziales Graz, für ein Graz, in dem alle Menschen Platz und Heimat finden. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 15.35 Uhr den Vorsitz.

K P Ö

GRin. Mag. Ulrike T A B E R H O F E R

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Kommunale Selbstverwaltung und die Erbringung kommunaler Daseinsvorsorgeleistungen sind aus Sicht der KPÖ unabdingbar als zusammengehörig zu sehen. Die Tendenz zunehmender Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung hat jedoch das Funktionieren kommunaler Selbstverwaltung ins Wanken gebracht. Durch Ausgliederung und Privatisierung wird eine organisatorische Trennung der Leistungserbringung von kommunaler Verwaltung und Politik vollzogen und damit werden die Möglichkeiten der Kommunalpolitik, gestaltend Einfluss auf die Qualität und die Kosten der Leistungserbringung zu nehmen, in erheblichem Maße eingeschränkt. Und diese Entwicklung spiegelt sich auch im heute vorliegenden Budgetentwurf wider, nämlich durch Privatisierung kommunalen Eigentums eine Sanierung des Haushalts herbeizuführen. Dieses Vorhaben kann jedoch nur als kurzfristige Maßnahmen zur Sicherstellung der Ausgaben für das nächste Jahr gesehen werden. Die Perspektiven darüber hinaus zeichnen sich aus unserer Sicht bereits jetzt ab. Verteuerung der Leistungen und Gefährdung von Arbeitsplätzen. Abgesehen davon, hat seit Jahren bedingt durch die Sparpolitik von Bund und Land der Druck zugenommen, mehr betriebswirtschaftlich zu denken und zu planen und es wurden sukzessive lineare Kürzungen vorgenommen. Es ist durchaus nachvollziehbar, dass jede Ausgabe im Hinblick auf eine für die Menschen in unserer Stadt erforderliche Verwendung hinterfragt werden muss. Aber eine Auseinandersetzung über politische Prioritäten bezüglich der Aufgabenstellungen der Stadt und der damit verbundenen Kosten sehe ich als dringend notwendig an, da in vielen Bereichen keine Kürzungen mehr möglich sind (*Applaus KPÖ*).

Als ein Beispiel dafür möchte ich den Bereich der Sozialausgaben herausgreifen. In unserer Gesellschaft ist der Anteil derer, die an oder bereits unter der Armutsgrenze leben, ständig im Steigen begriffen und diese Entwicklung ist auch auf der kommunalpolitischen Ebene immer stärker spürbar. So gelten in Österreich 12,8 % der Bevölkerung beziehungsweise zirka eine Million Menschen als armutsgefährdet.

Ihr Pro-Kopf-Einkommen ist unter 60 % des mittleren Einkommens aller Haushalte, das im Jahr 2004 bei 848 Euro pro Monat beziehungsweise 10.182 Euro jährlich lag. Die Armutsgefährdungsquote in der Steiermark entspricht mit 12,5 % dem bundesweiten Wert. In absoluten Zahlen heißt das, dass 150.000 Steirerinnen und Steirer von Armut gefährdet sind. Generell ist Armut immer weniger auf bestimmte Randgruppen beschränkt, sondern kann alle betreffen. Frauen allgemein und Alleinstehende sowie Alleinerziehende im Besonderen, MigrantInnen, kinderreiche Familien, arbeitslose Personen oder Menschen mit geringer Ausbildung gehören zu jenen, die in unserer Gesellschaft von einer überdurchschnittlichen Armutsgefährdung bedroht sind. Umverteilung ist für uns als KPÖ ein zentrales Element sozial gerechter Politik. Aber zur Zeit ist vielmehr spürbar, dass vielen Menschen die Möglichkeit fehlt, beziehungsweise nicht geboten wird, durch Erwerbsarbeit für den eigenen Lebensunterhalt aufzukommen und das führt dazu, dass viele auf Unterstützung angewiesen sind. Da die Lösung der sozialen Probleme keine Frage der Mildtätigkeit ist, sondern Kernelement auch auf kommunaler Ebene, wirkt sich das auf die Stadt aus und zwar insofern als dass sie eine Verpflichtung hat, finanzielle Mittel bereitzustellen, sei es in Form der Sozialhilfe oder der Behindertenhilfe. Notwendig ist aber auch die Gewährleistung von Zuzahlungen bei Alten- und Pflegeheimen, aber auch die Absicherung der mobilen Dienste um nur einige Beispiele herauszugreifen. Der Bedarf ist in allen Bereichen steigend. Bezogen auf die Sozialhilfe wurden laut Sozialamt im Jahr 2005 727 Personen und deren Angehörige laufend unterstützt, weitere 4.112 Personen samt Angehörigen erhielt fallweise Unterstützung zur Abdeckung des Lebensbedarfs. Waren für das Jahr 2006 13 Millionen Euro in der OG dafür vorgesehen, so wurde für das Jahr 2007 bereits eine Erhöhung auf 13.260.000 Euro festgelegt. Der skizzierte Einsatz der finanziellen Mittel bezieht sich jedoch ausschließlich auf den derzeitigen Ist-Zustand und sieht noch keine Verbesserungen beziehungsweise einen Ausbau der sozialen Systeme vor, die wir als KPÖ für dringend notwendig halten. Eine Forderung, die zum Beispiel umgesetzt werden soll, steht im Zusammenhang mit der Sozialhilfe, nämlich die Abschaffung der Regressforderung. Sie ist eine Armutsfalle und stellt eine zusätzliche Hürde für den neuerlichen Eintritt in den Arbeitsmarkt dar. Abgesehen davon wurde die Sozialhilfe eigentlich nur als Instrument zur Überbrückung außergewöhnlicher Notlagen geschaffen und ist nicht dafür geeignet, regelmäßig wiederkehrende und massenhaft auftretende soziale Risikolagen, wie

Arbeitslosigkeit, prekäre Arbeitsverhältnisse oder Altersarmut aufzufangen. Das Beste ist es jedoch zu verhindern, dass Menschen in die Sozialhilfe abrutschen. Das bedarf jedoch vor allem einer anderen Politik auf Bundesebene. Eine weitere Forderung, die aber auf kommunaler Ebene umgesetzt werden kann und muss, ist die Einführung eines Sozialpasses für Menschen in unserer Stadt, die ein geringes Einkommen haben. Mittels eines Ausweises können so Behördenwege reduziert und alle bestehenden Ansprüche aufgelistet werden. Er soll dazu beitragen, dass sich die Preise bei der GVB und auch für öffentliche Kultur-, Sport- und Bildungseinrichtungen verringern und er könnte zum Beispiel auch den Bezug des Heizkostenzuschusses garantieren. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Kürzungen auf allen Ebenen mag es für einige unrealistisch erscheinen, Verbesserungen im sozialpolitischen Bereich zu fordern, aber als KPÖ-Fraktion treten wir dafür ein, Ansätze einer vorausschauenden Politik zu entwickeln und das schließt immer wieder die Frage der Umverteilung mit ein. Denn eine sozial gerechte Politik kann nur so gewährleistet werden. Danke (*Applaus KPÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 15.55 Uhr den Vorsitz.

GRÜNE

Gemeinderat Mag. Hermann C A N D U S S I

Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte bei Karl-Heinz Herpers Einleitung anschließen mit einer persönlichen Bemerkung. Ich erinnere mich an meine erste Budgetsitzung zurück, die ich hier im Haus vor mittlerweile, glaube ich, neun Jahren absolviert habe und Dagmar Krampfl war, glaube ich, dann auch dabei, wer sonst, weiß ich nicht, an einem, sage ich einmal, bemerkenswerten Abend im Anschluss an die Budgetsitzung da nebenan im Vorzimmer, der Wein des Bürgermeisters war schon aus und wir waren dann schon bei den eisernen Reserven aus dem Bürgermeisteramt und ein Kollege war damals dabei, der heute fehlt und das ist Hermann Spielberger. Falls ihn irgendjemand sieht in der nächsten Zeit, es würde mich freuen, ihm einfach auszurichten, dass ich an ihn denke und an diesen Abend sehr gerne zurückdenke, wo wir um 3 Uhr früh, nicht mehr ganz nüchtern, aber doch besinnlich Weihnachtslieder gesungen haben gemeinsam, diesen Abend werde ich sicher nicht vergessen. Und ich möchte anschließen als einer, der auch ganz gerne in den Bergen unterwegs ist alpinistisch und das eine oder andere getan hat, haben mich die Reden vom Kollegen Frölich und Karl-Heinz Herper irgendwie erinnert, es war so die Stimmung von einer Jahreshauptversammlung des Alpenvereines, ich würde sagen, des holländischen Alpenvereins. Der holländische Alpenverein hat mehr Mitglieder als die Sektion Graz und das, was mich dort so fasziniert, die leben das ganze Jahr über mehr oder weniger auf Meeresniveau, aber sie können wunderschön von den Bergen träumen. Und das war heute irgendwie so ein bisschen der Eindruck, den ich gehabt habe bei den Vergleichen mit dem Alpinismus. Ich habe gedacht, ich rede heute eigentlich gar nicht über das Budget, sondern über den Begriff Armut und im Laufe des Abends oder Nachmittags bin ich draufgekommen, dass es doch die Antwort auf einiges, vor allem auch aus der Rede vom Kollegen Frölich ist, was bei mir vorbereitet ist, ich habe mich dem Thema gewidmet, ist Graz arm oder der Titel heißt: Graz ist (angeblich) arm, angeblich in Klammer. Wenn ein slowakischer Bettler angeblich im Kaffeehaus sitzt, dann toben zumindest im Internet der Volkszorn und der Landeshauptmannstellvertreter. Letzterer wünscht sich öffentlich ein Bettelverbot. Wenn der für seine durchaus

aggressive Bettelei bekannte Hannes K., dem die öffentliche Hand gerade mit -zig Millionen sein persönlich verursachtes Debakel finanzieren wird, tatsächlich im Kaffeehaus sitzt, dann umschwänzeln ihn zumindest die Seitenblickeredaktion und kein Landeshauptmannstellvertreter dieses Landes hat damit ein Problem. Und noch einen Unterschied gibt es zwischen dem slowakischen Bettler und Hannes K., in der Innenstadt ist es meine Entscheidung, etwas zu geben oder nicht, bezüglich der Steuernachlässe für Hannes K. wurde ich nie gefragt. Wessen Anblick schwerer zu ertragen ist, ist Geschmacksache. Gegenüber dem dekadent zur Schau gestellten Prunk dicker Männer mit dicken Autos und dicken Zigarren halte ich sichtbare Armut für zumutbarer. Wenn in einer Stadt bei frühlingshaften Wetterprognosen zigtausend Euro in eine Eiskrippe investiert werden und in dieser Stadt gleichzeitig über ein Bettelverbot nachgedacht wird, dann ist diese Stadt nicht einfach zu reich, sondern sie ist eigentlich sehr arm. Sie ist arm, weil Grundfragen der Solidarität offenbar nicht für alle geklärt sind und sie ist arm, weil Grundwerte der Demokratie nicht für alle gelten. Wenn in einer sogenannten Menschenrechtsstadt im Bürgermeisteramt laut über ein Bettelverbot nachgedacht wird, dann ist diese Stadt sehr arm (*Applaus Grüne, SPÖ und KPÖ*), arm, weil an höchster Stelle Grundfragen der Solidarität nicht geklärt sind und sehr arm, weil Grundwerte der Demokratie in dieser Stadt nicht für alle gelten. Es ist noch nicht allzu viele Jahre her, da war das Bürgermeisteramt ein Bollwerk und ich nimm diesen Begriff nicht zufällig in den Mund, ein Bollwerk, das dagegenhielt gegen simple gestrickte Ressentiments gegenüber unterprivilegierten Randgruppen, gegenüber Menschen mit freiwillig oder unfreiwillig entstandenen anderen Lebensentwürfen. Mittlerweile werden Ressentiments aus dem Bürgermeisteramt heraus regelmäßig bedient, wobei es letztendlich egal ist, ob dies aus politischem Kalkül passiert oder aus innerer Überzeugung. Ein Blick auf die gängigen Internetforen sollte einem christlich sozialen Bürgermeister genügen, um zu sehen, welche Ungeister er damit weckt. Wenn Graz ein Defizit hat, über das wir nicht nur heute, aber auch heute in der Budgetsitzung reden sollten, dann ist es meiner Ansicht nach das Demokratiedefizit. Ein Defizit bekämpft man, wie man aller Orten weiß, nicht nur mit Einsparungen, sondern auch mit klug gesetzten Investitionen. Im Bürgermeisteramt in Graz meint man, das Demokratiedefizit mit Einsparungen sanieren zu können, deshalb spart man intensiv weiter bei der Demokratie, obwohl die nötigen Investitionen kaum einen Euro kosten würden. Und auch hausintern feiert das Demokratiesparen fröhliche Urständ'. Wir sparen bei den

Gemeinderatssitzungen in diesem Jahr zumindest zwei Stück unter dem Motto, sparen wir uns lästige Debatten. Wir sparen uns die Auseinandersetzung mit anderen Meinungen ganz einfach, indem wir wesentliche Geschäftsfelder der Stadt in Gesellschaften, GBG, GPG, Handelsmarketing, Messe, Tourismus und ungefähr 20 andere auslagern und damit dem Gemeinderat entziehen und indem wir nur Rot und Schwarz in den Aufsichtsräten der stadteigenen Gesellschaften zulassen, was nicht so schlimm ist, weil je zwei Geschäftsführer pro Gesellschaft sind damit in Bedarfsfall immer noch drinnen. Wir streichen den Platz für Nicht-Stadtregierer bei der durch Steuergelder finanzierten BürgerInneninformation Graz, denn, O-Ton des Bürgermeisters auf eine diesbezügliche Anfrage hier im Haus, wir lassen unsere Stadt nicht öffentlich von der Opposition schlecht reden. Wenn kümmert es, dass die BIG nicht die Zeitung der Stadtregierung ist, sondern die Zeitung der Stadt, dann sollen die SteuerzahlerInnen auch das Recht auf kritische Informationen haben. Dass es der Bürgermeister so will, ist beschämend, dass die SP diese Entscheidung mit unterstützt war für mich bezeichnend. Genauso bezeichnend wie die angebliche Einigung von Rot und Schwarz auf ein tatsächlich sogenanntes Demokratiepaket, dessen Kernaussage, aus meiner Sicht, die Ermächtigung der Bezirke zur Führung von Bezirkswappen ist. Leider gab es weder von Schwarz oder Rot auch nur ansatzweise eine Auseinandersetzung mit unseren Vorschlägen zu einem sparsameren Umgang mit Steuergeldern oder unseren Vorschlägen zur Parteienfinanzierung. Hier im Haus sitzen 56 GemeinderätInnen, alle gewählt ins höchste Gremium dieser Stadt, gewählt um zu gestalten und nicht zuletzt, um zu kontrollieren. Beides braucht kritische Auseinandersetzung, das würde ich gerne dem Kollegen Frölich noch einmal sagen, beides braucht kritische Auseinandersetzung und beides braucht Raum und der wird immer enger, aber scheinbar niemanden oder nicht genug Leute stört es. Wir kriegen unsere 1.800 Euro brutto monatlich nicht dafür, dass wir dieser Stadtregierung abwechseln apportieren und applaudieren.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich habe meine Tätigkeit im letzten Jahr im Wesentlichen auf die Arbeit im Planungsausschuss konzentriert und auch dort ist eine seltsame Spargesinnung spürbar geworden. Was ich meine, ist der sparsame Umgang mit den öffentlichen Interessen. Die Wahrung öffentlicher Interessen, also die Vertretung des Gemeinwohles, ist nach meiner Auffassung Kernaufgabe dieser Stadtregierung und der Stadtplanung. Dazu gab es im vergangenen Jahr zwei Meilenstein, das BürgerInnenbeteiligungsprojekt Planungswerkstatt und das Grazer

Modell zur Verbesserung der städtebaulichen Qualität. Bei beiden Themen waren wir nicht unwesentlich beteiligt, den Planungsstadtrat in den Ausschüssen und im Gemeinderat zur nötigen Mehrheit zu verhelfen. Freundlich hat er sich auch jedes Mal dafür bedankt, um ziemlich oft postwendend in der täglichen Arbeit das Gegenteil von dem zu machen, was wir uns von diesen zwei Programmen versprechen. Zwar läuft die Werkstatt, aber im täglichen Betrieb ist nicht wirklich von gesteigertem Interesse an BürgerInnenbeteiligung zu spüren. Zwar laufen die Vorbereitungen für das Grazer Modell, aber bis es funktioniert, murksen wir noch schnell ein paar Projekte durch, bevor uns die eigenen höheren Standards das Murksen schwer machen würden (*Applaus Grüne*). Vor nicht allzu langer Zeit propagierte man, nicht zuletzt aus Spargedanken heraus, die drei goldenen P der Stadtentwicklung, Private Public Partnership. Immer öfter verkommt das mittlere P, das für Public, also für die Wahrung der öffentlichen Interessen steht, zur Unkenntlichkeit. Statt dessen bleiben Private Partnerships, der Volksmund nennt dies, und jetzt sind wir wieder beim Bergsteigen, Seilschaften, die moderne Politik spricht von Synergieeffekten. Die stadtteigene Handelsmarketing Graz beauftragt eine Firma mit der Erstellung einer Handelsstrukturanalyse. Die Firma empfiehlt ein Einkaufszentrum am bestimmten Ort. Just dort, wo eine andere, größere Firma ein Einkaufszentrum plant und Optionen auf die Flächen erworben hat. Angeblich ist die Firma, welche die Studie erstellt hat, eine Tochter jener Firma, die das Einkaufszentrum bauen will. Während ich darauf warte, dass irgendwo aus der Kulisse der vorgehängten Fassade, und jetzt sind wir schon beim Grazer Modell zur Verbesserung der Baukultur, andere nennen die Fassade Potemkinsche Bauqualitätssicherung, während ich darauf warte, dass hinter dieser Kulisse die Säulenheiligen der wirtschaftlichen Regionalentwicklung, Herr Anton Rampold und der ehrenwerte Prälat Hinter aus dem Bullen von Tölz, auftreten, bezeichnet der Wirtschaftsstadtrat kritische Fragen als politisches Störmanöver. Die ungebrochenen Optimisten erzählen etwas vom schlanken Staat und von vereinfachten Abläufen. Der Planungsstadtrat träumt von einer Verkehrsgesellschaft, die alles in einer, seiner, Hand hat. Er träumt davon, was er alles könnte, wenn er nur könnte. Amerikanische Städte haben es bereits vor Jahren probiert, sie haben den Verkehr endgültig privatisiert, die Automobilindustrie hat den ÖV übernommen und als lästigen Konkurrenten stillgelegt. Soweit wird es in Graz nicht kommen. Wir gründen ohnedies höchstens eine Gesellschaft zur Verkehrsplanung. Eh zu hundert Prozent im

Eigentum der Stadt und schlanker Staat, vereinfachte Abläufe im Aufsichtsrat begleitet nur von Rot und Schwarz. Zwei Geschäftsführer sind tatsächlich genug. Für den Gemeinderat reicht der vierteljährliche Bericht im Ausschuss und die jährliche Zustimmung zur Hauptversammlung. Ab sofort können auch die lästigen Verkehrsdebatten hier im Haus entfallen, was uns in Summe vielleicht zwei weitere Gemeinderatssitzungen erspart. Und unterm Strich, was ändert sich tatsächlich? Denn wenn wir uns heute hier fragen, warum die Fahrplananzeige der GVB nach knapp fünfjährigem Probebetrieb noch immer nicht funktioniert, dann kriegen wir ja auch nur die Auskunft, wir wären nicht zuständig (*Applaus Grüne*).

Auf den Reininghausgründen läuft der Probebetrieb für die Privatisierung der Stadtplanung. Ein ganzer Stadtteil wird privat entwickelt, politische Beteiligung offensichtlich unerwünscht. Habe ich etwas verpasst oder haben wir tatsächlich im zuständigen Ausschuss bisher kein einziges Wort darüber geredet, liegen die Reininghausgründe nicht in Graz? Bin ich hier nicht im Gemeinderat? Graz Stadtplanung, ist da jemand? (*Applaus Grüne*).

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 16.00 Uhr den Vorsitz.

FPÖ

Gemeinderat Mag. Harald KORSCH E L T

Sehr geehrter geschäftsführender Bürgermeister oder vorsitzender Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren!

Für den zehnten Redner, der heute zum Budget der Stadt Graz Stellung nehmen soll, bleibt nicht mehr viel übrig. Gestatten Sie mir deshalb, dass ich meinen Ausführungen zum Grazer Budget ein Zitat von Karl Valentin vorausstellen möchte. Und zwar, Karl Valentin führt an, es ist schon alles gesagt, nur nicht von allen. Ich möchte dieses Zitat umwandeln und sagen, es ist schon alles gesagt, nur nicht von mir. Nachdem das Grazer Budget heute schon sehr oft aus Sicht der Politik kommentiert wurde, möchte ich im Kommenden versuchen, dies aus der Sicht eines Grazer Bürgers zu tun. Was muss sich der Grazer Bürger denken, wenn man von allen Grazern verlangt, dass auf ihre, auf seine Kosten gespart wird, beziehungsweise wenn von ihnen verlangt wird, dass sie zur Kasse gebeten werden und wenn auf der anderen Seite die Politik hier im hohen Haus nicht bereit ist, im eigenen Haus den Sparstift beziehungsweise den Rotstift anzusetzen. Seit Jahr und Tag wird von unserer Fraktion immer wieder mit Anträgen versucht, ein deutliches Zeichen des Sparwillens der Politik zu setzen, indem die Reduktion der Stadtsenatsmitglieder von zumindest neun auf sieben Stadträte durchgesetzt wird. Bis heute wurden unsere Anträge meist niedergestimmt und wir wurden immer wieder vertröstet, dass eh schon alles im Laufen sei. Es ist aber nun schon fünf vor zwölf, beziehungsweise das letzte Jahr der laufenden Gemeinderatsperiode bricht an, und bis jetzt ist immer noch keine Regelung zu diesem Sparpunkt vorhanden. Auch muss der Bürger feststellen, dass es zu keiner Reduktion beim Personalstand in den politischen Büros gekommen ist. Natürlich wurde auch die Parteienfinanzierung im kommenden Jahr nicht gekürzt. Dies ist die eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite muss der Bürger feststellen, dass neue Bürgerbeteiligungsmodelle eingeführt werden, wobei hier über 600.000 Euro sofort locker gemacht werden, während auf der anderen Seite Beteiligungen einfach vom Tisch gewischt werden. So soll hier nur das Beispiel der Volksbefragung zur Schließung der Volksschule Ries gelten, wo immerhin 99,6 Prozent der Bürger

gegen diese Schließung waren und die Schule trotzdem geschlossen wurde. Was muss sich nun der Bürger denken, wenn er auf der einen Seite hört, dass für neue Bürgerbeteiligungsmodelle locker 600.000 sofort ausgegeben werden und auf der anderen Seite die Schule mit dem Argument geschlossen wird, es sind zu wenig Kinder, während nun, und man höre und staune, aus der Zeitung zu entnehmen ist, dass wahrscheinlich eine Privatschule in denselben Räumlichkeiten der ehemaligen Volksschule Ries Platz finden wird. Mit den 600.000 Euro hätte die Schule Ries bis zum St.-Nimmerleinstag weitergeführt werden können (*Applaus GR. Mag. Candussi*). Danke vielmals, aber das ist, wie gesagt, unsere Affinität zur Schule Ries, nachdem wir ja beide aus dem Bezirk Ries sind.

Was muss sich der Bürger denken, wenn auf der einen Seite gespart wird, während auf der anderen Seite ein Dorf für Punker im Wert von 480.000 Euro zumindest angedacht wird? Ich möchte hier bewusst nicht missverstanden werden, selbstverständlich muss für diese Punker etwas getan werden und wir können es nicht zulassen, dass junge Menschen ohne Ziel und Hoffnung auf der Straße bleiben. Gerade spreche ich hier als Vater von drei Kindern und kann immer, jeden Tag froh sein, dass meine Kinder nicht dazugehören. Aber muss es unbedingt ein Luxusdorf sein in der Größenordnung von einer halben Million Schilling?

Was muss der Bürger denken, wenn er der Zeitung entnehmen muss, dass das Rathaus verkauft wird, dass alle Spielplätze der Stadt Graz nun verkauft wurden, während auf der anderen Seite, wie gesagt, die Politik nicht bereit ist, im eigenen Haus zu sparen? Was muss sich der Bürger denken, wenn er der Zeitung entnehmen muss, dass bei einem internationalen Festival der Sparstift angesetzt wird, nämlich bei der Styriarte und dass hier nun uns es genauso gehen kann wie beim Festival „Grazer erzählt“ und die Styriarte die Stadt Graz verlassen wird? Hier wird sicher am falschen Fleck gespart.

Aber was muss der Bürger denken, wenn bei einer so guten Einrichtung wie am Sturzplatz, wo es möglich war, fast rund um die Uhr seinen Müll abzugeben, nun Gebühren eingeführt werden, während auf der anderen Seite, wie gesagt, hier im Hause nicht gespart wird?

Oder was muss der Bürger denken, wenn wir zwar ein sehr schönes Kunsthaus haben, aber bisher weder Stadt noch Land in der Lage waren, dieses Kunsthaus effizient zu führen? So gäbe es noch viele Beispiele aufzuzählen, wo auf Kosten des

Bürgers gespart wird, die Politik aber nicht bereit ist, ihre eigenen Hausaufgaben hier im Hause zu machen.

Aus diesem Grund werden wir das Budget ablehnen, weil wir glauben, es geht in die falsche Richtung. Diese Ablehnung möchte ich noch mit einem Zitat des Stadtrechnungshofes anlässlich der Gesamthaftungsprüfung der Jahre der Finanzlage 1998 bis 2003 untermauern. Zitat lautet: „Der eingeschlagene Sanierungskurs ist zu begrüßen, der Stadtrechnungshof äußert jedoch seine Skepsis dahingehend, dass ohne eine wesentliche Mithilfe vom Bund und Land sowie ohne eine teilweise Einschränkung bei den großen Folgekostenblöcken eine Sanierung nicht gelingen wird.“ Mit anderen Worten, „die Sanierung der Stadtfinanzen wird durch bloße Optimierungsmaßnahmen nicht bewältigbar sein, sondern es werden wohl oder übel Schwerpunktsetzungen und damit verbundene Einschränkungen bei größeren politischen Vorhaben unumgänglich sein.“ Ende dieses Zitat. Diesem Zitat möchte ich aus Sicht meiner Fraktion, der freiheitlichen Partei, nichts mehr hinzufügen. Danke vielmals.